



Manfred Groh

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Manfred Groh MdL · Karlsruher Str. 88 · 76139 Karlsruhe

Wahlkreisbüro:
Karlsruher Str. 88
76139 Karlsruhe

Telefon: 0721 2551995
Telefax: 0711 2551997
E-Mail: mail@manfred-groh.de

Landtagsbüro:
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063 985
Telefax: 0711 2063 14 985
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Karlsruhe, 11.01.2012

Manfred Groh (MdL) fordert klare Aussagen beim Landeswohnungsbau

Mit einem parlamentarischen Antrag (Drucksache 15/988) fordert CDU-Landtagsabgeordneter Manfred Groh die Landesregierung auf sich zum künftigen Landeswohnungsbau zu äußern. Die Landesregierung hat angekündigt einen Teil der Steuereinnahmen aus der Grunderwerbssteuererhöhung für eine verbesserte finanzielle Ausstattung der Landeswohnraumförderung im Jahr 2012 einzusetzen. Darüber hinaus plant sie ebenfalls in 2012 den Förderschwerpunkt bei der sozialen Wohnraumförderung auf den Mietwohnungsbau zu legen.

„Meine Anfrage zielt darauf ab zu klären, wie die zukünftige Wohnungsbaupolitik der Landesregierung aussieht. Der demographische Wandel spielt dabei eine besondere Rolle. Es muss zum einen geklärt werden, wie sich der zu erwartende Wohnungsbedarf voraussichtlich entwickeln wird und in welchem Umfang zukünftig planungsrechtliche Ausweisungen von Neubauwohngebieten getroffen werden müssen.“

Zum anderen soll die Landesregierung ihre Einschätzung mitteilen, wie viele seniorengerechte Neubauwohnungen pro Jahr in Baden-Württemberg entstehen müssten, um den prognostizierten steigenden Wohnungsbedarf von rund 2,5 Mio. Einheiten für alten Menschen zu erfüllen. Dies gilt unter besonderer Berücksichtigung von älteren Menschen mit geringem Haushaltseinkommen. Es ist davon auszugehen, dass sich auch der Anteil derjenigen erhöhen wird, die sich wegen der hohen Heizkosten weder eine energetisch unsanierte Wohnung, noch eine hochwertige Wohnung aufgrund der Mietkosten leisten können“, so Groh.

Eine weitere große Herausforderung in der Wohnungsbaupolitik stellt sich für Groh auch beim Thema Energieverbrauch und Energieeffizienz dar. Hierbei soll die Landesregierung

insbesondere Auskunft über die bisherigen Erfahrungen aus dem Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energie im Wärmebereich (EEWärmeG) in der Wohnungswirtschaft geben. Dabei möchte Groh geklärt wissen, ob die Regierung, mit Blick auf energetische Sanierungen im Bestand, die Anforderungen auch dann weiter verschärfen möchte, wenn sich diese Maßnahmen mittelfristig weder für den Mieter noch für den Vermieter rechnen. „Wir benötigen eine wirtschaftspolitische Verlässlichkeit und Planungssicherheit, um die Herausforderungen, die der Wohnungswirtschaft bevorsteht, bewältigen zu könne“, so Groh abschließend.